

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand vom 23. Februar 2013

Ort: Waldhotel Weinböhla

Anwesende Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigte Mitglieder:

siehe Anwesenheitsliste

Gäste:

siehe Anwesenheitsliste

Erstellung der Niederschrift:

Doreen Marz-Schäffner

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

- Tagesordnung
- DS 3 - 200 Erster Entwurf Wirtschaftspolitische Leitlinien
- DS 3 - 201 - 1.1 Finanzplanung 2013
- DS 3 - 201 - 1 Finanzplanung 2013
- DS 3 - 201 - 2 Finanzplanung 2013
- DS 3 - 201 - 3 Finanzplanung Landesweite Zusammenschlüsse
- DS 3 - 201 - 4 Vermögensübersicht 2012
- DS 3 - 201 - 5 Stellenplan des Landesvorstandes
- DS 3 - 203 Nein zur Schuldenbremse

Tagesordnung:

- 1.1. Kurze Eröffnung durch den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt der LINKEN Sachsen mit Einführung in den Tagesordnungspunkt zur Initiative der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zur Verfassungsänderung im Freistaat Sachsen durch MdL Klaus Bartl und MdL Sebastian Scheel, beide Mitglieder der Verhandlungsgruppe zu Verfassungsänderungen im Sächsischen Landtag
- 1.2. Diskussion und ggf. Beschlussfassung zur Initiative der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag zur Verfassungsänderung im Freistaat Sachsen (begrenzte Debatte)
- 1.3. Abschlussbeitrag des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt der LINKEN Sachsen
2. Einbringung der Leitlinien zu Freiheit und Demokratie der LINKEN Sachsen, AutorInnen der Leitlinien: Klaus Bartl (MdL), Tilman Loos (Jugendpolitischer Sprecher) und Sebastian Scheel (MdL)
3. Einbringung der Leitlinien zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der LINKEN Sachsen, AutorInnen der Leitlinien: Axel Troost (MdB), Enrico Stange (MdL)
4. Erste Diskussion zu den Leitlinien sowie Eröffnung des innerparteilichen Diskussionsprozesses durch entsprechende Beschlussfassungen
5. Diskussion und Beschlussfassung zur Finanzplanung der LINKEN Sachsen für das Jahr 2013, VA: Heinz Pingel & Finanzbeirat

Änderungen zur TO:

- 10:20 - 12:00 Uhr Diskussion und ggf. Beschlussfassung zur Initiative der Fraktion DIE LINKE. im SLT zur Verfassungsänderung

- Einbringung der Leitlinien Freiheit und Demokratie gestrichen
- 12:00 Uhr Einbringung der Leitlinien Wirtschaft & Arbeitsmarktpolitik

TOP 1.1. – Kurze Eröffnung durch *den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt der LINKEN Sachsen* mit Einführung in den Tagesordnungspunkt zur Initiative der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag zur Verfassungsänderung im Freistaat Sachsen durch *MdL Klaus Bartl und MdL Sebastian Scheel, beide Mitglieder der Verhandlungsgruppe zu Verfassungsänderungen im Sächsischen Landtag*

Rico Gebhardt:

- Wenn man Verantwortung übertragen bekommt, muss man sich dieser Verantwortung auch stellen und sie wahrnehmen.
- Unser letzter Parteitag in Chemnitz war mit dem schönen Motto überschrieben: „Fragend schreiten wir voran“.
- Wir müssen heute eine ganz wichtige Frage entscheiden: „Wollen wir jetzt zum Motor für reale Veränderungen werden?“ so wie es Katja, unsere Bundesvorsitzende am Mittwoch bei der Präsentation des Bundeswahlprogramms gesagt hat. Die Probe aufs Exempel unseres fragenden Voranschreitens, mit dem zugleich etwas real verändert wird, könnte unsere Mitgestaltung bei der sächsischen Verfassungsdebatte sein.
- Wir haben es dabei nämlich gleich in doppelter Hinsicht mit einer Situation zu tun, auf die es keine fertigen Antworten in der Schublade gibt. Mit einer Situation, in der man entweder fragend voranschreitet – oder erschrocken davonläuft. Wer aber die Welt verändern will, darf keine Angst vor Veränderungen haben; deshalb fällt das Weglaufen aus.
- Erstmals seit 1990 hatten wir Verhandlungen mit vier weiteren Fraktionen zu führen. Hier saßen nun Vertreterinnen und Vertreter von fünf Fraktionen an einem Tisch, die zum Teil bisher ansonsten herzlich wenig miteinander zu tun hatten. Dies betrifft insbesondere die beiden größten der beteiligten Fraktionen.
- Zweitens war die Grundlage der Verhandlungen ein, wenn man es traditionell-konservativ betrachtet, „unsittliches Angebot“: Wenn ihr uns ein Schuldenverbot in der Verfassung besorgt, das ihr ja gar nicht haben wollt, beschimpfen wir euch nicht im Landtagswahlkampf als unverantwortliche Schuldenmacher.
- Es gab Genossinnen und Genossen, die aus höchst ehrenwerten Motiven vor einem Jahr gesagt haben: „Lasst das sein, verhandelt nicht, das kann nicht gut gehen.“ Die ganz große Mehrheit in Partei und Fraktion hat sich schließlich für eine andere Herangehensweise entschieden, die man so zusammenfassen könnte: „Wir haben eigentlich keine Chance, aber wir wollen sie nutzen!“
- Also ging André Hahn (damals Fraktionsvorsitzender), „ohne Vorbedingungen“, wie er es zutreffend formulierte, in die Verhandlungen.
- Die Fraktion hat die Partei gefragt. Die Partei hat „Ja“ gesagt.
- Die Landespartei wurde informiert.
- Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben regelmäßig die Fraktion informiert.
- Und als Mitte Oktober 2012 unser neuer Bundesvorsitzender Bernd Riexinger in Dresden zu Besuch war, wurde auf einer Fraktionssitzung der Zwischenstand der Verhandlungen einschließlich aller sächsischen Spezifika so ausführlich dargelegt, dass das nunmehr vorliegende Ergebnis in Berlin weniger Aufregung auslösen sollte, als in den letzten Wochen erzeugt wurde.

Herausgekommen ist nach einem Jahr ein Dreifaches:

- Schwarz-Gelb hat das im Koalitionsvertrag vorgesehene verfassungsmäßig verankerte Schuldenverbot nicht bekommen. Sondern wir haben eine Verständigung auf dem Tisch liegen, mit der die Wirkung der vom Bund bereits beschlossenen und im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse auf Sachsen entschärft oder wie Peter Porsch diese Woche gesagt hat: „gedrosselt“ würde.
- Mit einfacher Mehrheit können bei Bedarf Kredite aufgenommen werden, wenn die Steuereinnahmen mindestens drei Prozent unter dem Niveau der letzten vier Jahre bleiben. Damit haben wir den landespolitischen Handlungsspielraum trotz der gegen den Willen der LINKEN bundesweit geltenden Schuldenbremse deutlich erweitert.
- Herausgekommen ist aber auch etwas, was es bisher in keinem Bundesland gibt: Der soziale Ausgleich muss neben den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit künftig bei der Aufstellung des Landeshaushalts berücksichtigt werden. Was das sowohl verfassungsrechtlich als auch politisch

bedeutet, wird unser Mitglied in der Verhandlungskommission Klaus Bartl anschließend in seinem Beitrag zur Einführung in die Diskussion darstellen.

- Herausgekommen ist zugleich etwas, was sich nicht nur Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker schon lange gewünscht haben: eine verfassungsrechtlich garantierte, umfassende Finanzierung aller den Kommunen übertragenen Aufgaben. Insbesondere hierzu wird sich unser Mitglied in der Verhandlungskommission Sebastian Scheel in seinem Redebeitrag äußern.
- Die Verfassung ist gerade für LINKE in Sachsen etwas sehr Wichtiges. Schließlich haben wir als Fraktion mehr als ein dutzend Mal vor dem Sächsischen Verfassungsgericht erfolgreich geklagt und damit Politik der CDU-geführten Staatsregierung korrigiert. Natürlich wissen wir, dass eine Verfassung nur mittelbar gilt, also durch Übersetzung in Gesetze, Behördenhandeln oder eben in einen Rechtsstreit, der zu einem Gerichtsurteil führt, mit dem konkrete Maßstäbe formuliert werden. Das gilt für alle Verfassungsartikel.
- Für uns kann dieses Paket von Änderungen der Verfassung nur ein Anfang sein. Daher der Vorschlag, dass wir zusammen mit SPD und GRÜNEN baldigst die Initiative für die nächste Runde der Verfassungsmodernisierung eröffnen. Dabei sollte ein Mehr an direkter Demokratie, die Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden im Mittelpunkt stehen.
- Und wir werden die CDU zu diesen Gesprächen einladen. Sollten sie sich einer Demokratisierung der Gesellschaft verweigern, dann werden wir im Rahmen des Landtagswahlkampfes deutlich machen, wer hier auf der Demokratiebremse steht.
- Fazit: Unabhängig von der Frage, ob DIE LINKE Sachsen in der künftigen Legislatur regiert oder opponiert, sind die Optionen und Möglichkeiten künftiger Handlungsfähigkeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag in den Bereichen Haushalt, sozialer Ausgleich oder Kommunalfinanzen mit einer Verfassungsänderung größer als wenn die Rechtslage so bleibt, wie sie heute ist.
- Welchen Erfolg die Handlungsmöglichkeiten bringen, kann niemand verlässlich bewerten. Sicher ist nur: Handlungsoptionen für eine Landtagsfraktion der LINKEN wird es mit einer Verfassungsänderung geben, die ohne Verfassungsänderung komplett ausfallen werden.
- Rico Gebhardt hat vor einem Monat gesagt: „Ich werde die politische Verantwortung für das Verhandlungsergebnis übernehmen und für das Ergebnis werben. Entscheiden müssen wir es zusammen.“

Klaus Bartl:

- grundsätzliche Position zur Schuldenbremse ist innerhalb der Partei geklärt
- in den Verhandlungen musste entschieden werden, ob diese Position als denkbare Variante zur Änderung der Verfassung möglich ist

Sebastian Scheel:

- grundlegende Einigkeit in der Partei: Ablehnung des Instrumentes Schuldenbremse
- wir teilen auch die Kritik, dass die Gefahr besteht, dass es zu Ausgabenkürzungen kommt – DIE LINKE steht dafür, dass die Einnahmenseite verbessert werden muss
- Uneinigkeit besteht darin, ob der Kampf gg. das Instrument erfolgreich sein wird
- Handlungsfähigkeit des Landes mit dem Verhandlungsergebnis ist gewahrt

1.2. Diskussion und ggf. Beschlussfassung zur Initiative der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag zur Verfassungsänderung im Freistaat Sachsen (begrenzte Debatte)

3 Minuten Redezeit → mit formellem Widerspruch einvernehmlich darauf verständigt

- Herzlichen Dank an die Verhandlungsteilnehmer Bartl & Scheel
- Frage der Plausibilität in der sächsischen Öffentlichkeit und in die Mitgliedschaft hinein
→ Infos aus dem Bundesausschuss: Mitglieder des BA haben sich dagegen entschieden; aus inhaltlichen Erwägung ist ein Kompromiss nicht zu finden; wenn wir uns heute nicht entscheiden, dann wird es schwieriger diesen Entschluss zu fassen ohne unsere Genossen zu enttäuschen; wenn man in Verhandlungen reingeht, besteht immer die Möglichkeit, das die Partei sagt, „Die erfolgreich ausgehandelten Punkte reichen uns nicht.“
- Ziel des Eintritts in die Verhandlungen wurden deutlich verkannt, weil nicht klar war, wie weit die Sächsische LINKE dazu steht

- Politische Souveränität und Glaubwürdigkeit muss bewahrt werden – nicht mit Halbherzigkeiten zufrieden geben
- das Ergebnis das vorliegt, sollte (basisdemokratisch) bewertet werden; Hat man sich die Zeit dafür genommen? Nein. Eine Verfassungsänderung im Land Sachsen nach 20 Jahre muss durch den Souverän der Partei diskutiert werden.
- „Wir stehen zwischen Baum und Borke.“; es war klar, dass wir nicht alle unseren Punkte in die Verfassungsdebatte einbringen können.
- wir müssen über unsere Konsistenz als Partei nachdenken; auf anderen Ebenen sind wir gegen die Schuldenbremse; in Sachsen sind wir eventuell dafür; das ist eine schwierig zu entscheidende Frage
- Bundesparteiprogramm – zur Schuldenbremse steht nur im Zusammenhang mit der öffentlichen Verschuldung etwas drin; Empfehlung: heute Beendigung der Debatte, denn wir werden sie nicht schadlos aushalten
- Wollen wir uns weiter an der Ausgestaltung der Schuldenbremse beteiligen? Heutiges Zurückziehen wäre falsches Signal; das Vertrauen zur Koalition ist nicht gewachsen, also müssen wir am guten Verhandlungsergebnis dran bleiben
- Sorge um die Behandlung der Ergebnisse innerhalb der Partei: Vielleicht haben wir es uns tatsächlich nicht zugetraut, Erfolge einzufahren; mit diesem Verhandlungskompromiss ist auch ein Durchbruch für die Kommunen erzielt worden.
- wenn die Fraktion mehrheitlich einen Beschluss fasst, sollte die Landespartei mitziehen, sonst machen wir uns gerade auch in Bezug auf die LTW 2014 unglaubwürdig
- die Schuldenbremse hat das Ziel, die Privatisierung des öffentlichen Eigentums voranzutreiben
- man muss zur Kenntnis nehmen, dass Sachsen einen Sonderstatus im Bereich Finanzen hat; andere Länder haben mit der Schuldenbremse wesentlich mehr Probleme
- das Thema Schuldenbremse könnte uns im Bundestagswahlkampf das Genick brechen
- bei der ganzen Debatte sollte man nicht vergessen, dass hier Genoss/innen und Freunde unterschiedliche Meinungen haben; diese sollte man versuchen nachzuvollziehen
- man kann Verhältnisse nicht ändern, wenn man diese nur aus parlamentarischer Sicht sieht
- die Reflektion der BürgerInnen darf nicht unterschätzt werden; linke Politik darf nicht verraten werden, muss erklärbar bleiben; wenn wir uns heute zurückziehen, ist es nicht möglich dies den WählerInnen plausibel zu vermitteln

Persönliche Erklärung Ralf Becker:

Er weist den Grundtenor (von Karl-Friedrich Zais) zurück, dass nur die Abgeordneten bei den BürgerInnen sind und die Mitglieder selber nicht.

- ein regulärer Landesparteitag hätte größeren Einfluss auf die Beschlussfassung, steht im April sowieso an und es würden keine zusätzlichen Kosten entstehen; Empfehlung: mehr Zeit für Debatte nehmen und Beschlussfassung auf dem 8. oder 9. Landesparteitag; bundespolitischer Druck darf nicht entgegen der sächsischen Vernunft stehen; wir könnten uns hier ein/e gute/s Außenbild/-wirkung erarbeiten
- es wurde ein Korrektiv zur Schuldenbremse in den Kompromiss aufgenommen; auch das heißt, Schaden vom Freistaat Sachsen abzuwenden, dies wiederum ist u.a. Aufgabe der Abgeordneten im SLT;
- wenn ausgehandelte Punkte nicht genug sind, wie viel wären denn genug gewesen?

1.3. Abschlussbeitrag des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt der LINKEN Sachsen

Rico Gebhardt:

- Dank für leidenschaftliche Diskussion – heute, zuvor in der Fraktion und an der Basis überall im Land.
- Wir haben in der Frage keine 100% Übereinstimmung. Das ist Ausdruck lebendiger demokratischer Kultur und der Bereitschaft zum Mitdenken und Mittun. Gute Voraussetzung für eine gute Zukunft der LINKEN in Sachsen.
- Es deutlich geworden: Wir tun uns noch schwer mit dem Sprung von der reinen Oppositions- zur Gestaltungspartei auf Landesebene – wie wir es beschlossen haben. In der Kommunalpolitik sind da viele Genossinnen und Genossen schon lange viel weiter.
- Wer das Land und die Lebensbedingungen der Bevölkerung gestalten will, kann nicht bei der Kritik und dem Nein zum Status quo stehenbleiben. Hier ist unser Mut gefordert, „Ja“ zu den Veränderungen zu sagen, die wir für nötig halten.

- Die Bevölkerung will Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, genügend Mittel für die Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene vor Ort und eine solide Finanzpolitik. Das wollen wir als LINKE in Sachsen auch. Dazu hatten sich auch Landesvorstand und Kreisvorsitzende mit ihrem Beschluss vom 10. März 2012 bekannt.
- Dies kann nur ein Anfang sein. Wir sollten nun gemeinsam und zusammen mit politischen Partnerinnen und Partnern die CDU massiv unter Druck setzen, damit wir auch bei der direkten Demokratie in Sachsen ein gutes Stück vorankommen.
- Von den erfolgreichen linken Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern kann man lernen, dass man als LINKE unter kapitalistischen Bedingungen nur mit intakter Dialektik weiterkommt. Der Verwirklichung der eigenen Ideale kommt nur näher, wer nicht vor Widersprüchen flüchtet, sondern versucht, sie nach bestem Wissen und Gewissen produktiv zu machen.
- Wir lehnen die „Schuldenbremse“ generell als Mittel der Politik ab – wenn sie aber gegen den Willen unserer Partei bundesweit beschlossen und im Grundgesetz verankert wurde, dann haben wir meines Erachtens die Verpflichtung, für die Menschen trotz allem das Beste herauszuholen. Also die bestehende Schuldenbremse durch eine Landes-Regelung zu entschärfen. Das schafft man aber nicht durch ein Berührungsverbot nach dem Motto: Lieber eine schlechtere „Schuldenbremse“ ohne uns als eine sozial- und kommunalpolitisch verträglichere mit uns.
- Deshalb habe ich für das Verhandlungsergebnis als Paket geworben – wie das auch GewerkschafterInnen machen, die ihren Mitgliedern zur Urabstimmung die erfreulichen Ergebnisse zusammen mit den „Kröten“ vorlegen, die im Interesse des Guten geschluckt werden mussten. Im Übrigen, DIE LINKE sagt: Hartz IV muss weg und fordert gleichzeitig die Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro.
- Wir gestalten ein Gesetz, was wir ablehnen. So ist das auch heute. Der soziale Ausgleich ist als zu beachtender Grundsatz bei der Haushaltsaufstellung und die Finanzgarantie für die Kommunen bei ihnen übertragenen Ausgaben viel zu gut, als das wir darauf wegen eines Tabubruches verzichten werden sollte.
- Nun müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass sich Genossinnen und Genossen in der Bundespartei mit dem, was wir gerade in Sachsen tun, sehr schwer tun. Vielleicht auch, dass die Partei insgesamt noch nicht so weit ist.
- Deshalb wäre es gut, wenn ihr die Verhandlungsergebnisse zustimmend zur Kenntnis nehmt.
- Aber ich kann euch andererseits unter dem Eindruck dessen, was in den letzten Wochen in der Bundespartei abgelaufen ist, persönlich nicht empfehlen, der Beteiligung an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung zuzustimmen, so wie es Gregor [im Videostream] gerade auch empfohlen hat.
- Deshalb folgender Vorschlag von Rico Gebhardt: Ja zu dem Verhandlungsergebnissen zu sagen und Nein zur Mitwirkung an den weiteren Schritten zu ihrer Übersetzung in einen Gesetzestext.
- Zusätzlich Vorschlag zu zwei weiteren Punkten zur Beschlussfassung:
 Beschlussvorschlag als Tischvorlage - am Pkt. 3 wird sich Rico Gebhardt selber nicht beteiligen
- 3 Anträge zum Thema (Antragsteller: Gebhardt; Sozialistische Linke Sachsen; Enrico Stange) und einen Antrag zur Nichtbehandlung (Tilman Loos)

Abstimmung:

weitreichendster Antrag von Tilman Loos zur Nichtbehandlung des Themas:

dafür: 11 dagegen: viele Enthaltungen: einige

→ Antrag abgelehnt

GO-Antrag:

- Unterbrechung der Sitzung zur Abstimmung der Antragsteller bzgl. der neuen Anträge bzw. deren Aufrechterhaltung

- 10 minütige Unterbrechung der Beratung

- DS 3-203 der Sozialistischen Linke → von Antragsteller zurückgezogen, vertagt auf den 8. LPT

Abstimmungen Beschlussvorschlag Rico Gebhardt:

Punkt 1 → einstimmig angenommen

Punkt 2 → Teilung des Punktes

2.A.: Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag dankt den Verhandlungsführenden der Fraktion, Klaus Bartl und Sebastian Scheel für ihre engagierte und kompetente Verhandlungstätigkeit.

→ mehrheitlich angenommen

2.B: Die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag nimmt das erzielte Ergebnis der zehnmontatigen Verhandlungen zu den anstehenden Verfassungsänderungen zwischen den demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag vom 1. Februar 2013 zustimmend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu 2.B. → ersetze „zustimmend“ durch „würdigend“

dafür: 26 dagegen: 22 Enthaltungen: 6 → angenommen

2.B. mit beschlossener Ersetzung: → mehrheitlich angenommen

Punkt 3

Änderungsantrag 1:

- Streichung des Absatzes ab „da erhebliche Bedenken.....unberücksichtigt bleiben können.“

→ mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag 2:

Ergänzung „...bzw. anderer Landesverbände der LINKEN und auch Teilen der LINKEN. Sachsen hinsichtlich...“

→ mehrheitlich angenommen

Änderungsantrag 3:

- Ersetzung „... den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, sich an der weiteren Ausarbeitung.....“ durch „...den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag, der Verankerung der Schuldenbremse in der sächsischen Verfassung nicht zuzustimmen.“

Dafür 16 Dagegen: 23 Enthaltungen: 14 → abgelehnt

Schlussabstimmung Punkt 3 Dafür 26 Dagegen: 17 Enthaltungen: 8 → angenommen

Punkt 4

Änderungsantrag: Streichung und Ersetzung letzter Satz → mehrheitlich abgelehnt

Schlussabstimmung Punkt 4: Dafür: 32 Dagegen: 16 Enthaltungen: 4 → angenommen

- Enrico Stange zieht seinen Antrag zurück, da mit Beschlussfassung im Punkt 3 in Gebhardts Antrag seiner Intention entsprochen wurde.

TOP 2 – Einbringung der Leitlinien zu Freiheit und Demokratie der LINKEN Sachsen, AutorInnen der Leitlinien: Klaus Bartl (MdL), Tilman Loos (Jugendpolitischer Sprecher) und Sebastian Scheel (MdL)

nicht behandelt

TOP 3 – Einbringung der Leitlinien zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der LINKEN Sachsen, AutorInnen der Leitlinien: Axel Troost (MdB), Enrico Stange (MdL)

Axel Troost und Enrico Stange bringen den Entwurf der Leitlinien ein.

TOP 4 – Erste Diskussion zu den Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitischen Leitlinien sowie Eröffnung des innerparteilichen Diskussionsprozesses durch entsprechende Beschlussfassungen

→ mehrheitlich beschlossen

TOP 5 – Diskussion und Beschlussfassung zur Finanzplanung der LINKEN Sachsen für das Jahr 2013, VA: Heinz Pingel & Finanzbeirat

Einbringung der Finanzplanung DS 3-201-1 bis 5

LSM erklärt einleitend Ergänzungen bzw. Veränderungen in den ausgeteilten Drucksachen gegenüber den vorher verschickten Tabellen.

Zur Vermögensübersicht (DS 3-201-4) erklärt er:

- dass sich bei der Erstellung des Jahresabschlusses noch geringfügige Veränderungen durch die Buchung von Abschreibungen ergeben werden
- dass sich infolge von Anschaffungen im Zusammenhang mit dem Umzug in die neue Landesgeschäftsstelle die Zusammensetzung des Anlagevermögens verändert
- dass insgesamt ist durch den Einnahmeüberschuss sowohl beim Landesvorstand als auch bei den Stadt- bzw. Kreisverbänden das Vermögen gewachsen ist
- und dass von den Finanzanlagen des Landesvorstandes rund 154 TEUR den sechs Kreisverbänden gehören, die Geld in einem Fonds des Landesverbandes angelegt haben
- zum Finanzplan (DS 3-201-1), über den abzustimmen ist, erklärt der LSM, dass der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Wahljahr bei Landesvorstand durch beschlossene Entnahmen aus dem zentralen Wahlkampffonds und bei den Kreisverbänden durch die Verwendung von Rücklagen erreicht wird
- in der DS 3-201-1.1 sind die Ausgaben aus dem Haushalt des Landesvorstandes aufgeteilt in solche, die sich im Wesentlichen aus der Arbeit des Landesvorstandes ergeben und jenen, die Aktivitäten des Landesverbandes insgesamt betreffen; letztere besonders auszuweisen, ergibt sich aus der Forderung der Finanzordnung, dass der Einsatz der verfügbaren finanziellen Mittel aus den zu erfüllenden Aufgaben abgeleitet werden muss und soll deutlich machen, in welchem Maße sich Veränderungen des Finanzrahmens des Landesvorstandes durch die Aufteilung der Beitragseinnahmen auch auf die Erfüllung von Aufgaben für die Kreisverbände und landesweite Zusammenschlüsse und Gremien auswirkt
- der gegliederte Plan des Landesvorstandes (DS 3-201-2) soll die Aufteilung der Ausgaben differenzierter zeigen und damit den zu beschließenden Plan erläutern
- der Ausblick auf die Jahre bis 2017 verdeutlicht, dass mit einem Einnahmerückgang gerechnet werden muss, dass diese Einnahmen zur Finanzierung aller Aufgaben im gegenwärtigen Umfang nicht ausreichen werden; mit dem vorhandenen Vermögen könnte das absehbare Defizit theoretisch ausgeglichen werden; das ist aber keine nachhaltige Lösung, weshalb die begonnene Debatte zur Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden muss
- der Begründung des Finanzplans des Landesvorstandes dient auch der Plan der Landesweiten Zusammenschlüsse und der Jugend (DS 3-201-3)
- der größte Ausgabenteil des Landesvorstands sind die Personalkosten; der Stellenplan begründet diese, über ihn (DS 3-201-5), ist abzustimmen

Aus der Diskussion:

- 54 %-Verteilung sind heute nicht Beschlussbestandteil

Beschlussfassung:

201-1 Finanzplanung 2013 zweigliedrig → bei einer Enthaltung beschlossen

201-1.1 Finanzplanung 2013 dreigliedrig → mehrheitlich beschlossen

201-5 Stellenplan → bei 2 Enthaltungen angenommen

F.d.R.

Dresden, 30.03.2013



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin